

Welche Anforderungen stellt die SPD-Fraktion zum Bau der Ersatzstraße für die Schützenstraße (Nord-Süd-Achse)?

Die SPD-Fraktion hat sich mit dem Problem der Nord-Süd-Achse in mehrfachen Besprechungen beschäftigt. Sie kam zu der Auffassung, bei den kommenden Beratungen im Mai folgende Stellungnahme abzugeben:

1. Es muß sichergestellt werden, daß durch den Bau der Ersatzstraße die Lärm- und Umweltbelastung der Anwohner der Schützenstraße erheblich vermindert wird. Die Schützenstraße sollte so wohl im Norden als auch im Süden abgebunden werden, **damit auf dieser Straße kein Durchgangsverkehr mehr möglich ist.** Das gleiche gilt auch für die Wieschenbeck, die an der Schützenstraße oder am Katzenbusch abzubinden ist.

2. Trotz der Abbindungen der Schützenstraße und der Wieschenbeck ist die SPD-Fraktion nicht bereit, die Jägerstraße zum Durchgangsverkehr freizugeben, insbesondere nicht das Stück vom Katzenbusch bis zum Friedhof. Wenn die Nord-Süd-Achse gebaut wird, muß diese den Durchgangsverkehr insgesamt aufnehmen.

3. Die Bürger sind bei Verwirklichung der Nord-Süd-Achse für Grundstücke, Häuser und Anlagen zu entschädigen, wie es durch die Umlegung in der Stadtmitte geschehen ist. Der südliche Bereich bis zur Kaiserstraße ist niveaugleich zu bauen, eine Aufständigung oder Dammschüttung der Straße darf nicht erfolgen. Damit der aus Herten abfließende Verkehr aufgenommen werden kann, sind 3 Anschlüsse zwischen Herten-Süd und Herten-Mitte erforderlich, wobei die Kaiserstraße und Hochstraße anzubinden sind, muß im Bereich nach Herten-Süd zwischen Hoch- und Nimrodstraße überlegt werden, wo ein weiterer Anschluß zweckmäßig erscheint.

Bei der Beratung darf der Bereich von Herten-Süd, Kreuzung Gaststätte Look1 bis zur Gaststätte Brauckmann nicht übersehen werden, da insbesondere hier Parkstreifen und ein flüssiger Verkehrsablauf zu garantieren sind.

4. um festzustellen, inwieweit eine Entlastung für die Bürger der Schützenstraße durch die Nord-Süd-Achse erfolgt, ist für diesen Bereich ein Lärmschutzgutachten durch die Verwaltung in Auftrag zu geben

Des weiteren ist zu prüfen: Aufständigung oder Dammschüttung •Schürmanns-Wiese' und die Auslegung der Bundesbahnbrücke sowie die Weiterführung der Trasse nach der Bundesbahnüberführung.

5. Die an die neue Trasse angrenzenden Grundstücksflächen sollen Wohngebiet bleiben. Begründung der Stellungnahme:

Den Generalverkehrsplan haben die Parteien im Rat gutgeheißen. Diese Entscheidung hat zum Inhalt, daß die Schützenstraße dringend eine Entlastung benötigt.

Bei den Diskussionen ging es darum, die Bürger vor Lärm- und Umweltbelastung zu schützen. Da der Straßenverkehr ständig zunimmt und nach dem Gutachten bis 1990 jedes Jahr ständig mit einer Neuzulassung von 5 - 10 % an Fahrzeugen zu rechnen ist, haben die Politiker die Aufgabe, großzügige Entlastungsstraßen zu bauen, die insbesondere den Durchgangsverkehr aufnehmen und für Lärm- und Umweltschutz Sorge tragen.

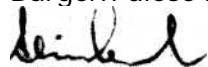
Solche Maßnahmen sind notwendig, um die Gesundheit der Bürger zu schützen.

Die SPD-Fraktion ist nicht der Meinung, daß nur in Herten- Mitte eine neue Trassenführung notwendig ist, wie es von der CDU in einem Pressebericht angedeutet wird, weil auch im **südlichen Bereich der Schützenstraße die Bürger von den bisherigen Lärm- und Umweltbelastungen befreit werden müssen.**

Bei den Beratungen spielte die bisherige Verbindung über die Bundesbahn eine große Rolle, da die Brücke über die Bahn zu schmal ist, die Fußgängerwege angehängen sind und eine Verbreiterung technisch erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Sollte durch höhere Gewalt diese Verbindung entfallen, bevor eine neue Brücke errichtet ist, ergeben sich für den Verkehr aus den Außenbezirken zwischen Innenstadt bzw. von und zur Autobahn erhebliche Konsequenzen.

Der SPD-Fraktion ist bekannt, daß Lärmschutzanlagen auch an der neuen Trasse erforderlich sind. Dieser Lärmschutz kann aber so angebracht werden, daß er die Lärm- und Umweltbelastungen in großem Ausmaß mindert.

Die SPD-Fraktionsmitglieder werden eine Entscheidung in dieser Sache herbeiführen. Diese soll noch vor den Wahlen getroffen werden. Die SPD-Fraktion will in echter Zusammenarbeit mit den Bürgern diese Aufgabe lösen.



Unterschrift Karl Steinhard SPD

Abschrift der WAZ Presseveröffentlichung vom 8. Sept. 1980
(WAZBild: Pikely)

Bürgermeister Wessel vor „Bürger-Aktion Schützenstraße“:

im Rat sitzen nicht nur irre Politiker

(ku) Bei den Bürgeranhörungen zur Nord-Süd-Straße haben Sie gefehlt, da hörten wir nur von den Gegnern der Trasse: „Wir sind dagegen!“
„Bürgermeister Willi Wessel ging bei der „Bürger-Aktion Schützenstraße“ in die Offensive: Ich muss den Eindruck zurückweisen, dass im Rathaus nur verantwortungslose, irre Politiker sitzen, die sich um die Bürgerinteressen keinen Deut kümmern.“



Der Stein des Anstoßes: die Bürger- Aktion- Schützenstraße (die WAZ berichtete am 3. September) fährt schweres Geschütz gegen den geplanten Wegfall der Entlastungsstraße auf. Unverständnis ruft bei den Anliegern die Diskrepanz zwischen den Aussagen des Generalverkehrsplanes und der Verkehrspolitik der Stadt vor. „Der Plan sah vor“; so Bürgeraktions-Sprecher Joachim Jürgens, „dass die Schützenstraße wieder ihre ursprüngliche Funktion als Anliegerstraße zugeführt wurde. In der Dringlichkeit lagen wir im Generalverkehrsplan an zweiter Stelle!“

Vor dem Hintergrund der seinerseits ermittelten Daten und Fakten ziehen die Anlieger nun zum wiederholten Male gegen den „Immer noch unerträglichen Verkehrslärm“ (Jürgens) zu Felde Der Saal des „Kuriger Hofes“ war dekoriert mit Messstreifen, die den Lärmpegel an der Schützenstraße/Ecke Vitusstraße veranschaulichten. „wir unterstellen der Stadt, dass sie unter Nichtberücksichtigung des Immissionsschutzgesetzes die Bürger vorsätzlich schädigen. Die Daten lagen der Stadt- und Verkehrsplanern vor.“

Erlaubt seien für die Schützenstraße tagsüber 55 Dezibel, nachts sogar nur 40 Dezibel Geräuschpegel. „Doch wir sind zeitweise 90 Dezibel (A) ausgesetzt, das ist nachweisbar“. Zusammen mit dem Team der Universität Essen hatten sich die Anlieger vor der Bürgerversammlung vergewissert, dass ihre Vorwürfe Stichhaltig sind.

„Was wollen Sie denn erreichen“, fragte CDU-Ratsherr Reinhard Hahn die Schützenstraßen-Anlieger, „wollen Sie die Nord-Süd-Achse insgesamt wiederbeleben, oder für ihre Straße das Bestmögliche herausholen?“ Bestmöglich — das heißt für den CDU- Fraktionsgeschäftsführer: passiver Schallschutz, Sperrung der Schützenstraße für den Schwerlastverkehr und für Bergetransporte.

Dieser Vorschlag rief allerdings nicht nur bei den SPD-Vertretern von Rat und Verwaltung Gelächter hervor. „Noch nicht einmal die Bergbau-Zusage, dass nach 17 Uhr keine Bergetransporte mehr fahren, wird eingehalten“, stellte die Bürgeraktion fest, „außerdem: das hätte schon längst gemacht werden können.“

Vorwurf an die Verwaltung: Nachbar Recklinghausen sei nicht so zimperlich, wenn es um den Schutz vor Wohngebieten vor Verkehrslärm gehe, „Herr Hahn kann viel versprechen“, entgegnet für die Stadt Bürgermeister Wessel. „Was sollen wir tun? Sperren wir heute die Schützenstraße, dann stehen morgen die Leute von Ewaldstraße auf der Matte!“

Die Abwägung vor Verkehrsbelastungen führe immer dazu, dass sich Bürger benachteiligt fühlen. Man hoffe, dass die „kleine Lösung“ weitgehend Abhilfe schafft erwarte im übrigen sehnlichste die Verlagerung der Bergetransporte auf die Schiene.

Die Verwaltung wartet nun ab, was in der Offenlegungsfrist zum Flächennutzungsplan passiert.

Die Bürgeraktion weiß das schon: „Jeder Haushalt bekommt vorgedruckte Einspruchsformulare, wir nutzen die Frist“